

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Abonnementspreis  
In dem nachstehenden Verzeichnis sind die Preise für die einzelnen Abteilungen angegeben.

Redaktion  
Zwingerstraße 22, post. angeschlossen.  
Telefon: 12 014 1 Uhr.  
Telegraph: Amt 1, Nr. 1700.

Inserate  
Werben bis 6 geteilte Zeilen oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei unregelmäßiger Anfertigung nach Bedarf erhöht.

Expedition:  
Zwingerstraße 21, post. angeschlossen.  
Telefon: Amt 1, Nr. 1700.

Nr. 118.

Dresden, Mittwoch den 24. Mai 1905.

16. Jahrg.

## Zentrums-Zamner.

gh. Dem Zentrum ist angst und bang geworden vor den Folgen der Zollwucher-Verträge. Anders ist die neueste Zentrums-Politik, Sozialdemokratie und Zollpolitik, auf Grund parlamentarischer und Parteitag-Protokolle geschildert von Erzbischof, Mitglied des Reichstags, nicht zu erklären. Denn mit solchen klumpigen Worten kann nur dann eine Partei sein, wenn sie bereits jede Position auch nur auf einem kleinen Schritt aufgegeben hat.

Der Zweck der Broschüre ist der, die Sozialdemokratie zu verurteilen, als ob sie eigentlich, wenn sie es nicht sein wollte, die Zölle zu erhöhen hätte, „derzeit“ aber nur „aus Gründen der Agitation“ die entgegengelegte Stellung einnimmt. Die Grundlage für diese Verdächtigung führt Herr Erzbischof die bekannte Tatsache an, daß Sozialdemokraten durchaus nicht unter allen Umständen für den Freihandel plädieren, sondern gegen denselben zu gewissen Zeiten sogar sich ablehnend verhalten haben, und zwar letzteres dann, wenn sie die Wirkungen der Schutzölle für die Arbeiter als ungünstig einschätzen zu müssen glaubten. „Allmählich vollzieht sich jedoch“, erzählt Herr Erzbischof, „eine Umkehrung“ in der Sozialdemokratie; sie tritt in den Rollen ein ergiebige Agitationsmittel, zumal wenn sie sich mehr in den Vordergrund rücken, und flugs wieder sich die Partei nach diesem neuen Winde, so daß sie schon im Jahre am 14. Oktober 1890 ausführen konnte:

Wir haben in einer der früheren Sessions einen Antrag eingebracht auf Aufhebung der Getreidezölle. . . . Den selben Antrag haben wir in der laufenden Session gestellt. Er werden bei der Beratung dieses Antrages Gelegenheit haben, nachzuweisen, wie verheerend die Getreidezölle gewirkt haben; während dieselben das notwendigste Lebensmittel im Preise steigern, zieht ein Teil der Besitzenden Klassen, namentlich die Großgrundbesitzer, bedeutende materielle Vorteile aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen und das arbeitende Volk zahlt den Gewinn den Agrariern mit der Verteuerung des Brotes.

Eden aus diesem Zitat ergibt sich, worin der „Umkehrung in der Sozialdemokratie“ bestand, nämlich darin, daß der Zollwucher und ganz besonders der Brotwucher unter den gegenwärtigen Verhältnissen als überaus schädlich für die Arbeiter sowie für die kulturelle Entwicklung der Gesamtheit überaus erweislich. Diese Tatsache mußte die Sozialdemokratie, wenn sie sich für die Interessen der Arbeiter vertreten wollte, gegenüber dem Gegner der jetzigen Zollwucher-Politik erklären.

Diese Sachlage trat auch auf dem Stuttgarter Parteitag zutage. Herr Erzbischof berichtet darüber: „Der Parteitag beschloß mit großer Mehrheit die Annahme einer Resolution, die im wesentlichen gegen jede (1) Zölle, bei der Industrie „im allgemeinen“ auspricht.“ Hiermit vergleiche man den Wortlaut der Resolution:

Zu Erwägung:  
1. daß Lebensmittelsölle eine künstliche Verteuerung der

notwendigsten Lebensbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Stadt und Land herabdrücken;

2. daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reich die Industrieölle notwendigerweise mit Lebensmittelsölle zusammenfallen;

3. daß die deutsche Industrie im allgemeinen weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entzagen zu können;

4. daß der Schutzölle bei entwickelter Großindustrie das wirksamste Mittel ist, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen festgeschlossenen Unternehmerverbänden zu fördern;

5. daß diese Verbände die Aufgabe haben, die Preise der Waren über ihr normales Niveau zu erheben, wodurch sie stets die Masse der Konsumenten und speziell die Arbeiter, oft aber auch die Industrie selbst schädigen, die durch den Schutz der nationalen Arbeit“ angeblich gefördert werden soll, der sie aber die notwendigsten Rohmaterialien und Hilfsstoffe (Eisen, Kohle) verteuern;

6. daß diese Verbände aber auch ein mächtiges Mittel sind, die Vereinigungen der Arbeiter lahmzulegen, alle ihre Bestrebungen nach Hebung ihrer Lage zu zunichte zu machen und sie in ein modernes Sklavereiverhältnis herabzudrücken;

7. daß die Schutzölle gleichzeitig als Finanzölle wirken und den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzölle nicht zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können;

8. daß endlich die Schutzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken, indem sie die aus den kapitalistischen Produktions- und Abwehrverhältnissen entspringenden Interessengegensätze zwischen den Nationen künstlich vertiefen,

erklärt der Parteitag: die Schutzölle im Deutschen Reich wie in jedem Staat entwickelter Großindustrie ist unverträglich mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwicklung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industriemonopolisten, sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen, also der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Demokratie. Es sind dieselben Klassen, die den Arbeiterpartei mit dem Juchaus drohen und die Unternehmerkoalitionen durch den Schutzölle zusammenzuhalten.

In dieser Resolution sind also die Gründe der Sozialdemokratie gegen den Zollwucher aufgeführt. Es sind nicht Gründe „nur der Agitation“, sondern Gründe der Volkswohlfahrt. Und der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum besteht eben darin, daß sich die Sozialdemokratie von den Gründen der Volkswohlfahrt, das Zentrum von den Gründen des Volksbetruges und der Volksausbeutung leiten läßt. Dabei tritt auch die Sozialdemokratie gegen den Zollwucher auf, das Zentrum dagegen für denselben ein.

In der Resolution ist ferner auch angegeben, weshalb die Sozialdemokratie jetzt entschiedener gegen die Schutzölle Front macht, als es vordem der Fall war. Der Grund liegt darin, daß sich inzwischen in Deutschland die Großindustrie mehr und mehr entwickelt und daß sich die Schutzölle „in jedem Staat entwickelter Großindustrie“ als unverein-

bar mit den Interessen des arbeitenden Volkes erwiesen hat. Alle diese Tatsachen zu widerlegen, ist Herr Erzbischof nicht imstande. Daher die Verdächtigungen dieses frommen Herrn gegen die Sozialdemokratie und seine ständige Entrüstung über die sozialdemokratische Agitation gegen den Brotwucher, die — wie Herr Erzbischof sagt — „leider auch hier und dort erfolgreich“ gewesen sei. Auch Herr Erzbischof wird mit seiner Schrift den Erfolg dieser Agitation sicherlich nicht vermindern.

Zum Schluß behandelt Herr Erzbischof die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum neuen Zolltarif. Auch hier wieder kommt der gute Mann mit seiner stillosen Entrüstung und zwar diesmal über die vielen Anträge der Sozialdemokraten in der Zolltarifkommission. Demgegenüber können wir uns begnügen, auf die Darlegung des Sachverhalts in dem von unseren Parteivorstände herausgegebenen Handbuch für sozialdemokratische Wähler zu verweisen. Dort wird eingehend dargelegt, weshalb die Sozialdemokratie diese Haltung einnehmen mußte. Die Aufgabe der Sozialdemokratie war es damals, die Beratung des neuen Zolltarifs so hinauszuziehen, daß derselbe bis Ablauf der Legislaturperiode des damaligen Reichstags nicht erledigt werden konnte und so die Wählerentscheidung bekam, ihr Urteil über den Zollwuchertarif zu fällen. Dieses Urteil fürchteten aber mit gutem Recht die Zollwucherparteien. Deshalb suchten sie unter allen Umständen den Zollwuchertarif noch vor den Wahlen fertig zu machen. Selbst in der Zolltarifkommission trat von Anfang an das Bestreben hervor, die Debatten überhaupt zu unterdrücken. Um die Minorität zu vergewaltigen, begann man gleich in der dritten Sitzung mit Schlußanträgen, die sonst in Kommissionen nicht üblich sind. Diese Vergewaltigung ließen sich selbstverständlich unsere Genossen nicht gefallen. So gab es einen wochenlangen Streit, in dem unsere Genossen die Abfertigung zu verteidigen suchten. Schließlich kam es zu der Vereinbarung, daß wenigstens jeder Antrag von dem Antragsteller begründet werden durfte. Die Folge hiervon war, daß, wenn unsere Genossen zu Worte kommen wollten, sie dazu zu jeder Position einen besonderen Antrag stellen mußten. Nun bildete sich folgende Praxis heraus. Die Mitglieder der freisinnigen Vereinigung beantragten in der Regel Verweigerung der gegenwärtig geltenden Zölle, oder wenn im Tarif keine Änderung vorgeschlagen war, irgend eine unbedeutende Änderung, während unsere Vertreter in den meisten Fällen dort, wo Zölle eingeleitet waren, Zollfreiheit beantragten.

Dieser Zusammenhang der Dinge unterrichtet Herr Erzbischof, weil sich ja sonst seine stillosen Entrüstung als gar zu lächerlich ausnehmen würde. Auch hütet er sich wohlweislich, „auf die Verdienste des Zentrums, die sozialdemokratische Opposition niedergedrungen zu haben“, näher einzugehen. So dumm sind aber auch die katholischen Arbeiter nicht mehr, wie sie Herr Erzbischof einschätzt. Die schädlichen Folgen des Zollwuchers werden auch sie erkennen. Das wird das Zentrum mit seinem Mittel verhindern. Die Erzbischofische Broschüre aber hat nur den einen Wert, daß sie Zeugnis dafür ablegt, mit welchen gewissenlosen Verdächtigungen der Sozialdemokratie das Zentrum die katholischen Arbeiter zu täuschen sucht.

des Sektors ins Einvernehmen setzen; ein Bataillon, das sich dazu bereit erklären würde, sollte zum Dienst designiert werden. . . . Man trug dem nicht Rechnung; auf gut Glück entsandte man Beamte, ohne auch nur einige Gespärme zur Festigung zu haben. . . . Man war auf andere Wachen gestoßen, die ebenfalls den Gehorsam verweigerten; sofort wurde der Generalmajor geschlagen, der ganze Stadteil geriet in Aufruhr, die Kanonen wurden in die Rue Bassin und in die Mairie des XX. Arrondissements gezogen.

Doch Paris mußte bald dieses Soldatenpiels überdrüssig werden. Diese famosen Kanonen nahm man ja gar nicht mehr ernst; die gesamte Presse machte sich über sie und ihre Entführung lustig und spottete über den Mont-Aventin. Die Mädel führer fanden wohl bald keine Gefolgschaft mehr. Die vergangene Woche auf dem Montmartre, so würden wohl in kürzester Zeit die Wachtposten überall sich weigern, den langweiligen Dienst weiter zu verrichten. Vor der Bastille veränderte sich jetzt schon die flammende Begeisterung der ersten Tage in eitles Possenspiel, die Wachtposten ermüdeten; morgen würden vor der an der Spitze der Säule befestigten und in Messenbuchstaben die Worte: „Es lebe die Allgemeine Republik!“ tragenden Tafel nur vereinsamte Passanten, übermorgen wohl kein einziger mehr stehen bleiben. Die rote Fahne würde von selbst sich senken. So heutig eine Feiße auch aufricht, sie geht vorüber, das Fieber sinkt.

Je mehr er darüber nachdachte, je mehr Grund glaubte Poncez zu haben, sich zu beruhigen. „Du wirst sehen, du wirst leben.“ sagte er eines Morgens zu Catiße, der, eins seiner kleinen Mädchen an der Hand, im Vorübergehen für einen Augenblick eingetreten war. „es wird alles wieder ins Geleise kommen.“

Catiße widersprach mit seiner friedlichen Miene, während Frau Poncez dem Kind ein Stück Kuchen abhob. „Was sagst du zu der Ernennung des Generals Valentins zum Polizeipräsidenten? Wieder einer von diesen Gendarmen des Kaiserreichs! Vinoy, d'Aurelle! . . . und nun der Dritte im Bunde! Das deutet auf einen Staatsstreich!“

Poncez blieb ungläubig die Waden auf: „Vah! Thiers, Poncez blies ungläubig die Waden auf: „Vah! Thiers,

## Die Kommune.

Roman von Paul und Viktor Margueritte.

Die drei Männer schwiegen, und als hätte Theodats's Antwort ihnen das Herz allzu schwer gemacht, drückten sie wieder die Hände und trennten sich mit einem „Auf Wiedersehen!“

„Aber natürlich,“ fuhr Catiße fort, „anstatt wie verordnet war, einen Generalstabsoffizier auf das Bürgermeisteramt zu schicken, um sich bezüglich der Uebergabe der Kanonen zu beschuldigen, hat d'Aurelle mehrere von Gendarmen eskortierte Krugwagen direkt auf das Plateau beordert. Das Gerücht der Rue des Rosiers hat Verrat!“ geschrien; die Kanonen sind durch die Ereignisse der letzten Tage völlig kopflos geworden, haben sich geweigert, abzutreten. . . . jetzt werden die Geschütze auf der Höhe des Montmartre aufgestellt; man arbeitet an einer Bruchwehr. . . .“

Die folgenden vier Tage verbrachte Poncez mit Gelegenheiten und Besuchen. Es war ihm unmöglich, in seinem Amtsbüro zu bleiben, gleichgültig gegen alles andere sich schließende Untersuchungen zu vertiefen. Ein lebhafte Verlangen, zu handeln und seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, trieb ihn aus seinem Häuschen, das nun aber kein früheres amütiges und lauberes Aussehen gewonnen hatte. . . .“

In dem Stadteil, wo so viele Arme ihn kannten, gedachte man sich schnell wieder an seine Erscheinung, seine lebhaften Züge, seinen langen braunen Mantel. Bald suchte er seit lange vernachlässigte Freunde wieder auf, bald nahm er an Beratungen teil. Man sah ihn im Ministerium des Innern, in den Bürgermeisterräumen. Er machte nähere Bekanntschaft mit Doktor Clementeau und beteiligte sich an dessen Bestrebungen. Der Bürgermeister des XVIII. Arrondissements, Abgeordneter von Paris und hervorragender Biologe, sah seinen alibien Republikanismus von beiden Parteien verdächtigt. Gegenüber seinen Versuchungen hielten die exaltierten Nationalgardisten sich für verraten.

Poncez gab trotz all der Gärungen und Wirrungen die Hoffnung nicht auf. Zweifellos gab es fortgesetzte Unruhen. Um zwei auf der Straße gefangen genommene preussische Soldaten zu befreien, bedurfte es der Intervention eines hohen deutschen Generals und des Ministers des Reichens. Wohl bedeckten Planais und Florens' Fratse in roten Plakaten die Wäucher und fanden die Zustimmung vieler. Doch nur ein wenig Geduld, und alles würde sich klären. . . .“

Die Wahl des definitiven Zentral-Komitees verschlimmerte im ganzen die Lage nicht. Wohl wurde in Lauer-Hall Garibaldi einstimmig zum Oberbefehlshaber der Nationalgarde gewählt. Wieder einer! Uebrigens eine rein platonische Demonstration. Allerdings wurde gleichzeitig ein ehemaliger Marineoffizier, Zullier, ein überaus ansehnlicher, zum Artillerie-Kommandanten ernannt. Doch nur noch wenige Tage, und es gab keine Artillerie mehr, die Kanonen wurden übergeben. Nur ein Rifflerstandnis, die Proklamation der Regierung, hatten die Uebergabe verhindert. Poncez mußte aus zuverlässiger Quelle, daß Favres Proklamation: „Die Regierung setzt ihre Ehre darin, die Republik zu gründen“, in Vordeung als zu früh betunden und von Thiers geändert worden war. Obgleich sprachen die Laten der Regierung schon allzu vernachlässigt.

Und dabei immer noch diese militärische Ahnungslosigkeit! Dasselbe falsche Vorgehen bezüglich der Kanonen der Place Royale. Vinoy mußte sich mit dem Kommandanten